

Liebe Leserinnen und Leser,

ich kann mich an keinen Parteitag der letzten Jahre erinnern, auf dem



so grundsätzlich gestritten wurde wie jetzt. Zur Demokratie gehört, dass manchmal Beschlüsse gefasst werden, die einem nicht passen. So

habe ich mich gegen die Frauenquote und den Gleichstellungsbegriff positioniert. Gleichwohl atmet die Grundwertcharta, die ich als Leiter der Programm- und Grundsatzkommission verantwortete, den Geist von Freiheit und Eigenverantwortung. Wir gehen vom Grundsatz aus, dass der Mensch für die Freiheit bestimmt ist – dass er zugleich aber auch Verantwortung für sein Handeln und für seine Mitmenschen übernehmen muss.

Damit verbunden ist die Einstellung, dass jeder zunächst selbst in die Hände spucken soll. Der, der das nicht schafft, soll staatliche Unterstützung bekommen. Aber eben nur der. Von diesem Grundsatz hat sich die Bundespolitik zuletzt entfernt, wie die Diskussion um das Bürgergeld zeigt. Das ist auch das Fazit meiner Kurzreise nach Sachsen, über die ich in dieser Ausgabe meines Infobriefs berichte.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr Carsten Linnemann

Mentalitätswandel

Ende August habe ich mich zu einer Reise nach Sachsen aufgemacht, genauer gesagt in die AfD-Hochburgen Großschirma, Zwickau und Freiberg. Ein Pfarrer, mit dem ich seit längerem bekannt bin, nahm mich mit zur Freiwilligen Feuerwehr, zu Lehrern, Landwirten und in eine Gaststätte. Ich hatte das Glück, dass ich nicht immer als CDU-Ver-

treter vorgestellt und deshalb offener gesprochen wurde. Drei Punkte sind bei mir hängen geblieben.



Erstens: Einige meiner Gesprächspartner berichteten, wie sie nach der Wende zunächst ihre Jobs verloren, sich dann aber wieder hochgearbeitet hätten. Sie wollen, dass Leistung belohnt wird. Dass etwa die ALG-II-Sanktionen abgeschafft werden, können sie nur schwer ertragen.

Zweitens: Die CDU muss wieder präsenter werden, gerade da, wo es wehtut. Mir wurde erzählt, dass viele nur deshalb AfD wählten, weil diese auf den Marktplätzen und im Netz präsent seien, die Sprache der Leute sprechen würden.

Drittens: Viele der Debatten, die „da oben“ geführt werden, ob über Gender-Sprech, Quoten oder Winnetou-Filme, interessieren die Leute überhaupt nicht. Die wollen ganz einfach, dass sich die Politik um die realen Probleme kümmert: Sind mein Geld und mein Arbeitsplatz sicher, herrschen Recht und

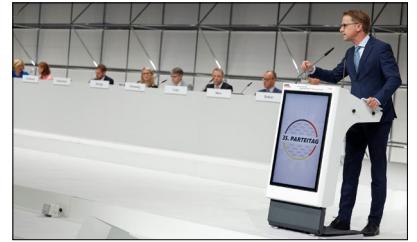
Ordnung auf den Straßen, und werden es meine Kinder einmal besser haben?

Auf all diese Fragen gehe ich auch in meinem neuen Buch ein, das am 10.



Oktober erscheint. Darin beschreibe ich, welche Fehler wir in den letzten Regierungsjahren gemacht haben und warum wir nun einen echten Mentalitätswandel brauchen. Das Buch kann schon jetzt in allen Buchhandlungen und online vorbestellt werden. Sämtliche Autorenhonorare fließen übrigens in die Stiftung Lebenslauf in Paderborn.

Ein Jahr für die Gesellschaft



Das Gesellschaftsjahr war eines der bestimmenden Themen auf dem Parteitag in Hannover. Die Debatte und der Austausch aller Argumente haben der CDU gut getan. Am Ende sprach sich eine Mehrheit der Delegierten für ein Gesellschaftsjahr für junge Schulabgänger aus. Das freut mich auch persönlich, weil ich mich seit vielen Jahren dafür einsetze.

Ich bin überzeugt: Das Gesellschaftsjahr wird die Bindekräfte in unserer Gesellschaft festigen. Werte wie Teamfähigkeit, Solidarität, die Übernahme von Verantwortung und der Respekt vor anderen Meinungen werden gestärkt. Das sieht auch eine Mehrheit der Bevölkerung so. In einer repräsentativen Insa-Umfrage sprachen sich 65 Prozent für ein Pflichtjahr aus. Auch in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen gab es mehrheitlich Zustimmung dafür.



Um konkrete Fragen zur Ausgestaltung zu kären, habe ich kürzlich betroffene Organisationen zu einem Austausch eingeladen (siehe Foto), von der Caritas über das THW bis hin zu Schülervertretern. Einigkeit bestand darin, dass wir das Gesellschaftsjahr möglichst breit aufstellen müssen. Der Dienst muss bei der Bundeswehr, in sozialen Organisationen, im Katastrophen- oder Bevölkerungsschutz ebenso wie im Ausland, in Umweltschutz- und Sportvereinen geleistet werden können. Interessant fand ich den Vorschlag, den Dienst berufsbegleitend zu ermöglichen, um den Fachkräftemangel nicht zu verstärken.

Hinter den Kulissen

Von Dr. Stefan Schöncke

So ein Lebensweg besteht aus vielen Schritten. Die meisten gehen wir ohne groß nachzudenken. Manche



gehen wir aber sehr bewusst. Und mit Wehmut. Wie im Mai, als ich das Team von Carsten Linnemann

nach fast sechs Jahren verließ.

Eine spannende, lehrreiche Zeit mit wunderbaren Menschen war vorbei. Aber manchmal ist es Zeit zu gehen. Und wo kann man besser gehen als auf dem Jakobsweg? Also ging ich. 50 Tage lang. 1260 Kilometer.

Es war herrlich! Auf dem Jakobsweg merkt man, dass das Leben eigentlich einfach ist. Und dass es aus den kleinen Dingen besteht. Wie schön es ist, in der Sonne durch die Natur zu wandern! Wie wunderbar sich eine Dusche anfühlen kann! Selbst eine Gummi-Matratze im Mehrbett-Schlafsaal fühlt sich plötzlich an wie ein Himmelbett! Zumindest, wenn man Ohropax hat. Denn irgendeiner schnarcht immer. Dazu jeden Tag interessante Begegnungen mit Pilgern. Bis die Schuhe in Porto fast durchgelaufen waren. Und ich merkte: Es reicht. Der Tag meiner Rückkehr fiel übrigens rein zufällig auf Libori. Einmal Paderborner, immer Paderborner. In diesem Sinne: Auf Wiedersehen – es war mir eine Ehre!

Friedhelm Ost zum 80.

Als ich 2009 erstmals für den Bundestag kandidiert habe, musste ich mich zunächst bekannt machen. Bei Friedhelm Ost war das anders. Als er 1990 im Wahlkreis Paderborn antrat, hatte er schon viel erreicht. Er war Moderator im ZDF, war Staatssekretär, Regierungssprecher und wirtschaftspolitischer Berater von Kanzler Kohl. Sein Wirken im Wahlkreis ist noch heute spürbar.

Er rief die Tradition des Libori-Schaustellerfrühstücks ins Leben, die ich heute fortführe. Er gründete die Luftbrücke für atemwegserkrankte Kinder in Bad Lippspringe, die ebenso noch existiert. Friedhelm Ost war Wirtschaftspolitiker, aber immer mit dem Blick auf das Soziale. In diesem Jahr wurde er 80. Alles Gute und auf viele weitere Jahre!



Sprache ist der Schlüssel

Der Bedarf an sprachlicher Förderung für Kleinkinder ist riesig. Doch Ende des Jahres soll die Förderung durch den Bund auslaufen. Das hat einen Sturm der Kritik entfacht – völlig zurecht! Es ist mir schleierhaft, wieso die Ampel ausgerechnet bei den Sprach-Kitas den Rotstift ansetzt. Die Defizite sind doch gerade jetzt nach den Lockdowns und den Flüchtlingszuzügen seit 2015 sowie seit Februar 2022 gewaltig.

Im Kreis Paderborn gibt es 13 Sprach-Kitas. Stellvertretend für sie haben mich die Leiterinnen der Kindergärten Schul- und Schattenstraße in Hövelhof (siehe Foto) zum Gespräch eingeladen. Mit ihnen setze ich mich für eine Fortführung dieses wichtigen Bundesprogramms ein.



Schützen schlagen Alarm



Das von der EU geplante Verbot bleihaltiger Munition sorgt derzeit für Zündstoff unter den Schützenvereinen. Sie müssten nicht nur ihre Munition auf teure Alternativen umstellen. Auch die Kugelfänge müssten aufwändig umgerüstet werden. Und das, obwohl das Blei darin aufgefangen und später recycelt wird, wie mir Verbandsvertreter erklärten (siehe Foto). Mit dem EU-Abgeordneten Peter Liese (Mitte) setze ich mich deshalb für eine Ausnahmeregel ein. Natürlich darf kein Blei in den Boden gelangen. Gleichzeitig gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das schützenswerte Vogelschießen findet nur einmal im Jahr statt.

Das berichten die Anderen

Bild, 14. September



Um diese Debatte anzustoßen, braucht es echten Mut! CDU-Vize Carsten Linnemann stellt sich an die Seite hart

arbeitender Bürger, die mit ihren explodierenden Energiekosten alleingelassen werden, während Hartz-IV-Empfängern neben Miete auch die Heizkosten erstattet werden. (...) „Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber den Millionen Menschen, die morgens um 6 Uhr aufstehen, die noch arbeiten gehen, obwohl am Ende 50 Prozent an Steuern und Beiträgen abgehen.“ Deshalb müsse eine Heizkostengrenze für Hartz-IV-Empfänger her. Linnemann: „Das, was eine Durchschnittsfamilie verbraucht, muss auch für diejenigen Maßstab sein, die vom Staat Geld bekommen.“